



## Zuschauer

## Entschuldigt fehlen:

### Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Yvonne Gebauer FDP fehlt entschuldigt

### Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Heinz Klein auf Vorschlag der CDU fehlt entschuldigt  
Herr Günter Klette auf Vorschlag der SPD fehlt entschuldigt

Verwaltung: Herr Dr. Höver

Verwaltung und Protokoll: Herr Schnitzler

Fachamt: 23, Herr Meurer 61, Herr Funk  
40, Frau Erhart 66, Herr Rothe  
40, Frau Mros 67, Herr Dr. Bauer

### Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Vorsitzende verpflichtet nach § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln Herrn Peter Löwisch als neues Mitglied mit beratender Stimme für die Fraktion Die Linke.Köln und wünscht eine gute Zusammenarbeit.

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

#### 1 Mitteilungen

#### 2 Anfragen

##### 2.1 Mündliche Anfragen

2.1.1 Anfrage von Herrn Thelen zum Umgang der Verwaltung mit Bürgeranregungen im Bebauungsplanverfahren

##### 2.2 Schriftliche Anfragen

#### 3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NW

- 3.1 Eingabe für die Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Grünzug-West (Az.: 02-1600-62/07)  
4859/2007
- 3.2 Eingabe für eine Verkehrsberuhigung der Bödingerstraße in Köln-Rondorf (Az.: 02-1600-60/07)  
4639/2007
- 3.3 Eingabe für den Rückbau der Mittelinseln bei den Kreiseln im Bereich der Siedlung Oberiddelsfeld (Az.: 02-1600-68/07)  
4667/2007
- 3.4 Eingabe für die Anordnung von Tempo 50 in einem Bereich der Riehler Straße (Az.: 02-1600-69/07)  
4662/2007
- 3.5 Eingabe zur Raumsituation der GGS Steinbergerstraße (Az.: 02-1600-72/07)  
5058/2007

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Mitteilungen**

- keine -

### **2 Anfragen**

#### **2.1 Mündliche Anfragen**

##### **2.1.1 Anfrage von Herrn Thelen zum Umgang der Verwaltung mit Bürgeranregungen im Bebauungsplanverfahren**

Herr Thelen bezieht sich auf Protokolle des Stadtentwicklungsausschusses zur Beratung von Bebauungsplänen und weist darauf hin, dass er sehr oft im Zusammenhang mit Bürgeranregungen den Hinweis „nicht B-Plan-relevant“ festgestellt habe. Er regt an - falls es nicht schon geschieht - den Bürgerinnen und Bürgern den Sachverhalt positiver darzustellen (z. B. „... zuständig ist das Amt X, daher wurde die Anregung dorthin weitergeleitet“).

Herr Dr. Höver macht deutlich, dass nach seinen Feststellungen die Verwaltung immer tadellos auf Bürgeranregungen eingegangen ist.

#### **2.2 Schriftliche Anfragen**

- keine -

### **3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NW**

#### **3.1 Eingabe für die Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Grünzug-West (Az.: 02-1600-62/07) 4859/2007**

#### **Hinweis:**

Die Antragsteller haben den Ausschussmitgliedern den Redebeitrag zur Begründung der Eingabe als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

### **Beratungsverlauf:**

Frau Herrmann, Frau Spiegel und Frau Franzen erläutern die Eingabe. Sie fordern, das Planungsziel der früheren Beschlüsse zum Grünzug-West weiter aufrechtzuerhalten. Daher bitten sie den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden die Verwaltung zu beauftragen, den Grünzug-West auf der Grundlage des Aufstellungsbeschlusses vom 16.07.1991 und des Fortführungsbeschlusses vom 14.11.1996 prioritär zu bearbeiten und zum Satzungsbeschluss zu bringen. Insbesondere sprechen sie sich dagegen aus, große Flächen des Planungsgebietes lediglich als landwirtschaftliche Flächen festzusetzen. Sie fordern eine Aufwertung der Flächen des Grünzuges-West durch landschaftspflegerische Maßnahmen wie Aufforstungen oder die Anlage landschaftsökologisch wertvoller Biotope. Früheres Planungsziel war die Verbesserung der ökologischen Gesamtsituation und die Schaffung von Grünanlagen mit Erholungsfunktion; das soll ihrer Meinung nach auch so bleiben.

Herr Funk, 61 Stadtplanungsamt, nimmt Stellung für die Verwaltung. Er führt aus, dass im Zusammenhang mit der Offenlage des Bebauungsplanes über Inhalte diskutiert wird. Bei dieser Gelegenheit haben die Antragsteller die Möglichkeit, Anregungen und Bedenken einzubringen.

Herr Dr. Bauer, 67 Amt für Landschaftspflege und Grünflächen, erläutert die Umgestaltungen des Planungsgebietes im Rahmen von Kompensationsflächen. Teile der künftigen Planungen seien dadurch bereits realisiert worden.

Herr Meurer, 23 Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster, erläutert die Situation der verpachteten Flächen im Planungsgebiet. Landwirtschaftlich nutzbare Flächen seien an ortsansässige Landwirte als Zwischennutzung verpachtet. Wenn ein Bedarf für eine andere städtische Nutzung besteht, können die Pachtverträge gekündigt werden. Die Verpachtung sei also kein Hindernis für eine spätere andere Nutzung.

Frau Herrmann gibt zu bedenken, dass die Gefahr besteht, dass Flächen in Privatbesitz nicht mit den künftigen Nutzungswünschen in Einklang zu bringen sind. Herr Meurer macht in diesem Zusammenhang deutlich, dass die Stadt versuchen wird, private Flächen zu kaufen oder zu tauschen, um das Planungsziel zu erreichen.

Auf Frage von Frau Dr. Reimers zu möglichen Differenzen zwischen Aufstellungsbeschluss und Bebauungsplan weist Herr Funk darauf hin, dass das Planungsgebiet seit dem Aufstellungsbeschluss etwas kleiner geworden ist. Ein Ausgleich für die Verkleinerung des Planungsgebietes sei schon realisiert worden.

Frau Schmerbach macht deutlich, dass das Begehren der Antragsteller bereits durch den Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.10.2007 aufgegriffen wurde. Es sei wünschenswert, wenn der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan baldmöglichst realisiert würde.

Frau Dr. Reimers regt an, den Beschlussvorschlag dahin gehend zu ergänzen, dass bis zur Aufstellung des Bebauungsplanes eine Veränderungssperre für den in Rede stehenden Bereich erlassen wird.

Frau Wolf regt an, die Forderung der Antragsteller zur Berücksichtigung des Aufstellungsbeschlusses und des Fortführungsbeschlusses zu unterstützen.

Der Vorsitzende fasst die Redebeiträge zusammen und formuliert einen geänderten Beschlussvorschlag, den er anschließend zur Abstimmung stellt.

### **Abweichender Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Antragstellern für ihr Engagement. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bestärkt das Anliegen der Antragsteller und empfiehlt der Verwaltung, den Grünzug-West auf der Grundlage des Aufstellungsbeschlusses vom 16.07.1991 und des Fortführungsbeschlusses vom 14.11.1996 prioritär zu bearbeiten und zum Satzungsbeschluss zu bringen. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, bis zum Satzungsbeschluss eine Veränderungssperre für den in Rede stehenden Bereich zu erlassen.

Die Bezirksvertretung Lindenthal soll über die Angelegenheit informiert werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **3.2 Eingabe für eine Verkehrsberuhigung der Bödingerstraße in Köln-Rondorf (Az.: 02-1600-60/07) 4639/2007**

#### **Beratungsverlauf:**

Der Antragsteller erläutert die Eingabe. Er führt aus, dass nach seinen Feststellungen in den letzten Jahren die Verkehrs- und damit auch die Lärmbelastung der Bödingerstraße zugenommen hat. Die Bödingerstraße wird vielfach als Abkürzung benutzt, darüber hinaus verkehrt seit einiger Zeit eine zusätzliche Buslinie auf dieser Straße. Zur Abhilfe fordert er Geschwindigkeitsreduzierungen z. B. durch bauliche Maßnahmen, Anordnung von Tempo 30 im Bereich der Bebauung oder eine Ausweisung der Bödingerstraße als Anliegerstraße. Darüber hinaus würde es sich noch anbieten, die Buslinie zu verlegen. Ein Nachbar des Antragstellers weist darauf hin, dass alle Anlieger der Bödingerstraße die geforderte Verkehrsberuhigung unterstützen.

Herr Rothe, 66 Amt für Straßen und Verkehrstechnik, nimmt Stellung für die Verwaltung. Er führt aus, dass sich nach Kenntnis der Verwaltung die Verkehrssituation auf der Bödingerstraße in den letzten Jahren nicht wesentlich bzw. gar nicht geändert hat. In 2007 habe sich auch kein Unfall auf der Bödingerstraße ereignet. Ca. 4.400 Kfz, die die Bödingerstraße täglich frequentieren, seien ein Indiz für eine eher schwache Verkehrsbelastung; erst ab 16.000 Fahrzeugen kann von einer starken Verkehrsbelastung gesprochen werden.

Frau Holländer weist darauf hin, dass sie einem Zeitungsartikel entnommen hat, dass in einem Quartier an der Bödingerstraße Tempo 30 angeordnet werden soll; dieses würde allerdings nicht für die Bödingerstraße gelten. Bei einem Ortstermin habe sie festgestellt, dass nach ihrer Einschätzung auf der Bödingerstraße vielfach zu schnell gefahren wird. Sie regt daher an zu prüfen, ob eventuell durch eine Fahrbahnverengung eine Geschwindigkeitsreduzierung zu erzielen ist. Weiterhin sieht sie in diesem Fall eine Zuständigkeit der Bezirksvertretung Rodenkirchen.

Frau Schmerbach unterstützt die Aussage von Frau Holländer und spricht sich ebenfalls dafür aus zu prüfen, ob durch bauliche Maßnahmen eine Verbesserung der Situation zu erzielen ist.

Herr Thelen weist darauf hin, dass es nach seinen Beobachtungen auch möglich sein müsste, durch einfache, preiswerte Maßnahmen, wie z. B. Fahrbahnverengungen durch Blumenkübel, eine Geschwindigkeitsreduzierung zu erzielen.

Herr Pohl regt an zu prüfen, ob durch eine eventuelle Verlagerung des ruhenden Verkehrs auf die Straße eine Geschwindigkeitsreduzierung realisierbar ist.

Der Vorsitzende formuliert aufgrund der Redebeiträge einen geänderten Beschlussvorschlag und lässt darüber abstimmen.

#### **Abweichender Beschluss:**

Die Eingabe wird der Bezirksvertretung Rodenkirchen zur Entscheidung überwiesen. Es wird empfohlen, die Verwaltung zu beauftragen zu prüfen, ob durch bauliche Maßnahmen (z. B. Fahrbahnverengungen) oder eine andere Anordnung des ruhenden Verkehrs eine Geschwindigkeits- und Lärmreduzierung zu erzielen ist.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **3.3 Eingabe für den Rückbau der Mittelinseln bei den Kreiseln im Bereich der Siedlung Oberiddelsfeld (Az.: 02-1600-68/07) 4667/2007**

#### **Beratungsverlauf:**

Der Antragsteller erläutert kurz die Eingabe. Er führt aus, dass in seinem Haus, welches ca. 100 m Luftlinie von einem Kreisel entfernt liegt, Erschütterungen beim Überfahren des Kreisels zu spüren sind.

Herr Rothe, 66 Amt für Straßen und Verkehrstechnik, nimmt Stellung für die Verwaltung. Er informiert den Ausschuss, dass die Verwaltung Kontakt mit der KVB aufgenommen hat. Eine Befragung der Fahrer habe ergeben, dass beim Überfahren der Kreisel keine besonderen Hubbewegung oder Fahrwerksstöße bei den Bussen festzustellen sind. Aus Sicht der Verwaltung bestehe daher kein Handlungsbedarf.

Frau Frebel weist darauf hin, dass nach ihren Feststellungen sehr wohl Erschütterungen beim Überfahren der Kreiseln spürbar sind.

Herr Müller regt an, bei den Kreiseln eventuell die Kante der Mittelinsel farblich zu gestalten, um diese besser sichtbar zu machen und damit ein langsames Überfahren zu erreichen.

Herr Thelen berichtet von einer Ortsbesichtigung. Er habe festgestellt, dass die Busse die Kreisel vorbildlich in Schritttempo überfahren. Ein Passant habe allerdings darauf hingewiesen, dass die Erschütterungen nicht durch die Busse, sondern durch Lastwagen und Müllfahrzeuge verursacht werden. Herr Thelen könnte sich vorstellen, in der Mitte des Kreisels einen dünnen Pfahl mit einem Schild mit der Aufschrift „langsam fahren“ anzubringen, um die Fahrzeuge zu zwingen, die Kreisel etwas außermittig - und damit langsamer - zu überfahren.

Herr Rothe macht deutlich, dass der Straßenverkehr nicht mit solchen Gefahrenpunkten konfrontiert werden darf.

Frau Schmerbach empfiehlt, dass sich die Bezirksvertretung Mülheim mit dem Thema befassen soll.

Herr Dr. Elster gibt zu bedenken, dass auch Beschleunigungseffekte zu Erschütterungen der Fahrbahn führen können.

Herr Rothe empfiehlt dem Antragsteller, nachweisliche Schäden bei der Verwaltung geltend zu machen. Er regt an, der Bezirksvertretung zu empfehlen, die Verwaltung mit einer nochmaligen fachtechnischen Prüfung der Kreisel zu beauftragen.

Die Ausschussmitglieder unterstützen diesen Vorschlag.

**Abweichender Beschluss:**

Die Eingabe wird der Bezirksvertretung Mülheim zur Entscheidung überwiesen. Es wird empfohlen, die Verwaltung mit einer fachtechnischen Überprüfung der Kreisel zu beauftragen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**3.4 Eingabe für die Anordnung von Tempo 50 in einem Bereich der Riehler Straße (Az.: 02-1600-69/07) 4662/2007**

Der Antragsteller ist nicht anwesend.

Zur Information der Ausschussmitglieder wurde eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an den Verkehrsausschuss zur Temporeduzierung auf der Riehler Straße als Tischvorlage verteilt.

Da die Anfrage von der Verwaltung noch nicht im Fachausschuss beantwortet wurde, sprechen sich die Ausschussmitglieder einvernehmlich für eine **Vertagung** der Beratung bis zum Vorliegen der Antwort der Verwaltung zu der Anfrage aus.

**3.5 Eingabe zur Raumsituation der GGS Steinbergerstraße (Az.: 02-1600-72/07) 5058/2007**

**Beratungsverlauf:**

Die Antragstellerin und die Schulleiterin erläutern die Eingabe. Sie machen deutlich, dass die Tendenz der Schülerinnen und Schüler, die am Offenen Ganztage teilnehmen, stark steigend ist. Auch die Tendenz der Aufnahme von Schülern sei steigend, da sich auch ein großes Neubaugebiet in Nippes im Einzugsgebiet der Schule befindet. Bisherige Raumreserven seien aufgebraucht. Es kann davon ausgegangen werden, dass künftig z. B. der muttersprachliche Unterricht im Speiseraum gehalten werden muss. Der Dachboden der Schule würde sich zur Kapazitätserweiterung zum Ausbau anbieten.

Frau Mros, 40 Schulverwaltungsamt, nimmt Stellung für die Verwaltung. Sie betont, dass die Verwaltung auf die Ausweitung der Zügigkeit reagiert hat. Eine Ungleichbehandlung der



GGG Steinbergerstraße im Vergleich zu der GGS Freiligrathstraße sei nicht gegeben. Die Verwaltung richte sich bei den Raumprogrammen an den Vorgaben des Landes.

Herr Thelen führt aus, dass der Grundsatz auch bei den Schulgebäuden nur lauten kann „das Beste für die Kinder“. Nach seiner Auffassung muss es möglich sein, dass die Verwaltung auch über die Vorgaben des Landes hinaus die Raumsituation der Schulen verbessern kann; Raumchancen müssen genutzt werden. Entsprechende Möglichkeiten sieht er z. B. in der Inanspruchnahme von Räumen im benachbarten, von der Verwaltung genutzten Gebäude Steinbergerstraße 40 sowie im Ausbau des Dachgeschosses der Schule.

Frau Schmerbach gibt zu bedenken, dass sich die Situation einer Schule in dem Zeitraum zwischen Planung und Ausführung verändern kann. Es müsse daher zu gegebener Zeit nochmals ein Abgleich zum tatsächlichen Bedarf stattfinden. Sie spricht sich auch dafür aus, vorhandene Räume nutzbar zu machen. Diese Anliegen sollen dem Schulausschuss und dem Werksausschuss Gebäudewirtschaft empfohlen werden.

Frau Wolf spricht sich dafür aus, dass das Raumniveau bei den Schulen insgesamt angehoben werden sollte.

Frau Mros bestätigt, dass bei manchen Schulen die Zeit zwischen Planung und Ausführung manchmal ziemlich lang ist. Die Verwaltung würde jedoch immer prüfen, ob das geplante Raumprogramm ausreicht.

Frau Holländer hält es für problematisch, der GGS Steinbergerstraße Zugeständnisse hinsichtlich des Raumprogrammes zu machen. Sie befürchtet, dass dadurch bei anderen Schulen ebenfalls Begehrlichkeiten geweckt würden.

Herr Özküçük empfiehlt, alle Schulen gleich gut zu behandeln.

Herr Rouhs spricht sich dafür aus, bei einer Schule mit Verbesserungen anzufangen. Das Land sollte darauf positiv reagieren und die Richtlinien für die Raumprogramme anpassen.

Herr Dr. Elster macht deutlich, dass der Verwaltung bisher aus finanziellen Gründen die Hände gebunden waren, wenn es darum ging, eigene Wünsche bei den Raumprogrammen der Schulen zu verwirklichen. Aufgrund der positiven finanziellen Entwicklung bestände jetzt die Möglichkeit, bei den Haushaltsplanberatungen entsprechende Mehrbedarfe zu berücksichtigen.

Frau Schmerbach regt an, den von den Antragstellern gewünschten Ausbau des Dachgeschosses eventuell durch eine Beschäftigungsinitiative realisieren zu lassen. Sie betont nochmals, dass ihr ein Abgleich zwischen Planung und Ausführung wichtig ist.

Anschließend formuliert der Ausschussvorsitzende aufgrund der Wortbeiträge einen Beschlussvorschlag, der von allen Ausschussmitgliedern mitgetragen werden kann.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bittet den Schulausschuss und den Werksausschuss Gebäudewirtschaft, die Raumsituation an der GGS Steinbergerstraße im Hinblick auf eine Verbesserung für den OGTS-Bereich zu prüfen. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, bei der Planung und Umsetzung von Raummaßnahmen im OGTS-Bereich flexibler zu reagieren.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Thelen  
Ausschussvorsitzender

Schnitzler  
Schriftführer